



Presseschau vom 17.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Geduld am Ende? – Weltbank droht Poroschenko mit Zahlungsentzug
Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will mit einem neuen Gesetz massiv in der Arbeit des ukrainischen Antikorruptionsgerichtes (ACS) intervenieren. Nun gibt es eine klare Reaktion der Weltbank. Diese fordert eine Änderung des Gesetzentwurfs und droht andernfalls mit der Einstellung der Zahlungen an das Land, berichtet das Portal strana.ua. Laut den Angaben des ukrainischen Portals hat die Weltbank unmissverständlich auf die Unzulässigkeit solch eines Gesetzes, wie es von Poroschenko dem ukrainischen Parlament vorgelegt wurde, hingewiesen.

Die internationale Behörde habe die Kiewer Führung aufgefordert, das Dokument so umzuändern, dass es in Einklang mit den Empfehlungen der sogenannten Venedig-Kommission in Einklang stehe.

Andernfalls könnte der zukünftige Kredit von 800 Millionen US-Dollar an die Ukraine gestoppt werden, so die Weltbank.

Zu den Hauptanforderungen der Weltbank zählen laut dem Portal Änderungen der Zuständigkeiten des Gerichtes und Änderungen der Qualifikationsanforderungen an die Richter.

Darüber hinaus sollte dem Aufsichtsrat das Recht eingeräumt werden, gegen die Aufstellung ungeeigneter Kandidaten für die Positionen der Richter ein Veto einzulegen.

Ebenfalls sollen nach den Forderungen der Weltbank nicht nur internationale Organisationen, sondern auch Geldgeber, die die Korruptionsbekämpfungsreformen in der Ukraine

unterstützen, Mitglieder in den ACS delegieren dürfen.

Bereits zuvor war nach Angaben des Portals bekannt geworden, dass auch der Internationale Währungsfonds vergleichbare Forderungen an die Kiewer Regierung gestellt hatte. Dennoch habe sich die Poroschenko-Administration geweigert, das Dokument zurückzunehmen.

Ende Dezember hatte die Europäische Kommission einen Bericht über einen möglichen Mechanismus zur Einfrierung der Visa-Liberalisierung für die Ukraine veröffentlicht.

Unter den Forderungen der EU an Kiew für die Bewahrung der Visa-Liberalisierung standen im Mittelpunkt die Aufrufe, endlich Antikorruptionsreformen im Land durchzuführen sowie die Arbeit von entsprechenden Antikorruptionsbehörden nicht zu behindern.

de.sputniknews.com: Saakaschwili sucht nach 300 Spartanern

Der ehemalige georgische Präsident und jetzige ukrainische Oppositionspolitiker Michail Saakaschwili hat die Bewohner der Hafenstadt Odessa (Südukraine) aufgerufen, ihn bei der Suche nach „300 Spartanern für die neue Regierung“ in Kiew zu unterstützen.

„Werte Odessa-Bewohner, am kommenden Donnerstag, dem 18. Januar, werde ich in Odessa sein... Ich lade Sie ein, zusammen die Pläne für die Suche nach 300 Spartanern für die neue Regierung zu besprechen“, schrieb Saakaschwili auf Facebook.

Zuvor hatte der Politiker angekündigt, er wolle in der Ukraine „300 Spartaner“ finden, die dann die Führung der Landes übernehmen sollen.

Saakaschwili ruft immer wieder zu einem Impeachment des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko auf und organisiert Demonstrationen in Kiew. Im Oktober hatten die Anhänger des oppositionellen Politikers Dutzende Zelte vor dem ukrainischen Parlament aufgestellt. Die Protestler stellten drei Forderungen an die Regierung: die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität, die Einrichtung von Anti-Korruptions-Gerichten sowie eine Reform des Wahlrechts. Am 19. Oktober beschloss das ukrainische Parlament, den Protestlern entgegenzukommen und eine Reihe von Forderungen zu erfüllen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31739/19/317391982.jpg>

de.sputniknews.com: **In nur drei Jahren: So viel Geld überwies Brüssel an Kiew**

Die EU hat allein in den vergangenen drei Jahren Kiew zehn Milliarden Euro bereitgestellt. Diese Angaben führte der Leiter der EU-Mission in der Ukraine, Hugues Mingarelli, am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Kiew an.

„Die Hilfe der EU besteht hauptsächlich darin, um sich auf die zweite Gefahrenart

konzentrieren zu können: eine ineffiziente Verwaltung, schwache Institutionen und die mangelnde Rechtsherrschaft“, zitiert die ukrainische Agentur UNN Mingarelli. Wie er ferner ausführte, hat Brüssel der Ukraine allein in den letzten drei Jahren mehr als zehn Milliarden Euro überwiesen, um ihr zu helfen, diese Probleme zu lösen. Davon zielten 100 Millionen Euro auf die Reformierung von zehn Ministerien und zwei staatlichen Institutionen ab.

Ende November 2017 hatte Kiew erklärt, in den Jahren 2018 bis 2019 etwa 1,8 Milliarden Euro von der EU-Kommission bekommen zu wollen.

Zuvor hatte Mingarelli bekannt gegeben, dass die EU die geplante 600-Millionen-Euro-Tranche für Kiew gestoppt habe. Der Grund für die EU-Absage seien vier Bedingungen, die Kiew nicht erfüllt habe: die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Rundholz, der Start einer automatisierten Prüfung elektronischer Vermögenserklärungen von Beamten, die Verabschiedung des Gesetzes über das Kreditregister der Nationalbank der Ukraine und die Überprüfung wirtschaftlicher Eigentümer von Firmen. Insgesamt soll es 21 Forderungen gegeben haben.

Das EU-Hilfsprogramm für die Ukraine wurde im Jahr 2015 in einer Höhe von 1,8 Milliarden Euro vereinbart und läuft diesen Monat aus. Kiew erhielt zwei Tranchen, die letzte stoppte jedoch die EU-Kommission im Dezember.

Vormittags:

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften der Republik** beschossen. Der Gegner hat Mörser, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen verwendet. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.**

de.sputniknews.com: Sicherheitspolitiker nennt wahres Ziel von neuen US-Sanktionen gegen Russland

Der US-Botschafter in Russland, John Huntsman, hat am Dienstag erklärt, dass die Veröffentlichung des sogenannten „Kreml-Berichts“ keine automatische Verhängung von Sanktionen gegen Russland bedeutet. Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik beim Föderationsrat, Alexej Puschkow, hat diese Aussagen kommentiert.

„Was auch immer Huntsman gesagt hat, haben die neuen US-Sanktionen zum Ziel, der Konfrontation mit Russland einen unumkehrbaren Charakter zu verleihen. Der erste überstürzte Aufsprung von (dem ehemaligen Präsidenten Barack) Obama wird in die Politik einer dauerhaften Belagerung umgewertet“, schrieb der Politiker in seinem Twitter-Account. Der sogenannte „Kreml-Bericht“ soll dem Kongress bereits Ende Januar zur Begutachtung vorgelegt werden und eine Liste von Personen aus dem engsten Kreis um den russischen Präsidenten Wladimir Putin beinhalten. Laut der russischen Zeitung „Kommersant“ bezieht sich diese auf circa 50 hochrangige Beamte und Geschäftsleute.

Am 11. Januar erklärte Steven Mnuchin, Finanzminister der Vereinigten Staaten, dass Washington in Kürze neue Sanktionen gegen russische Bürger auferlegen werde.

Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow wird der russische Präsident Wladimir Putin nach der offiziellen Veröffentlichung der neuen US-Sanktionen eine Entscheidung über mögliche Gegenmaßnahmen treffen.

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Das Regime der Feueinstellung wird eingehalten.

de.sputniknews.com: Russland und USA zetteln „Militärstützpunkte-Wettstreit“ in Syrien an: Wer gewinnt?

Russland und die USA haben einen „Militärstützpunkte-Wettstreit“ in Syrien angezettelt. Dies berichtet das Portal „Defense News“ unter Berufung auf eigene Quellen. Ziel ist laut den Angaben, die eigene Präsenz im Nahen Osten auszubauen und gegen asymmetrische Bedrohungen anzukämpfen.

Die USA haben dem Portal zufolge einen Stützpunkt in Tabka und einen weiteren unweit von Rakka. Auf dieser ehemaligen Militärbasis der syrischen Luftwaffe würden nun US-Instrukteure kurdische Einheiten trainieren. Ein weiteres Militärobjekt, von dem die US-Militärs sowohl syrische als auch russische Kräfte fernhielten, wird „Defense News“ zufolge in Al-Tanf in der Provinz Homs eingerichtet.

Russland verfüge seinerseits ebenfalls über zwei Luftwaffenstützpunkte in Syrien: in Hmeimim und Tartus. Im Gegensatz zu den US-Basen seien die russischen unter dem Einverständnis der Regierung des Landes eingerichtet worden, unterstreicht das Portal. „Diesem ‘Militärstützpunkte-Wettstreit‘ liegt der strategische Einfluss Syriens zugrunde“, so Wehbe Katicha, der General a.D. der libanesischen Armee. „Russland versucht zudem als Großmacht in die Region zurückzukehren.“ Syrien sei eine Art Pforte zum Nahen Osten und Persischen Golf.

Russlands Syrien-Einsatz habe Moskau zudem, so der General weiter, eine Erhöhung des Waffenexports gebracht. Als Beispiel führt er die Vereinbarung zwischen Russland und Saudi-Arabien über die Lieferung von S-400 Triumph an. Diese sei die durch die Operation der russischen Streitkräfte in Syrien möglich geworden.

Der russische Luftwaffenstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus waren in der Nacht zum 6. Januar mit Drohnen angegriffen worden, die von Terroristen gesteuert wurden. Alle an dem Angriff beteiligten Geräte wurden entweder im Anflug abgeschossen oder unter Kontrolle genommen. Laut dem russischen Verteidigungsministerium können die Geräte, die die Terroristen bei den Attacken angewendet haben, nur aus einem technisch entwickelten Land stammen. Viele russische Politiker und Experten sehen die Vereinigten Staaten hinter diesen Angriffen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 100.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 46.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Muss Russland die Zaren-Schulden begleichen? Paris kommentiert Frankreich verlangt von Russland keine Rückzahlung von Schulden aus der Zarenzeit. Jedoch kann den Franzosen eine Erhebung dieser Forderungen nicht verboten werden, erklärte

Frankreichs Wirtschaftsministerium.

Der Streit über „russische Schulden“ wurde dem Ministerium zufolge bereits am 27. Mai 1997 geklärt. Damals unterzeichneten Frankreich und Russland ein Abkommen, laut dem beide Seiten auf alle vor dem 9. Mai 1945 zwischen den Ländern entstandenen finanziellen Schulden verzichten. Sie versprachen außerdem, die mit diesen Schulden verbundenen Forderungen der Bürger nicht zu unterstützen.

Frankreichs Wirtschaftsministerium erinnerte daran, dass Moskau im Einklang mit diesem Vertrag 400 Millionen Dollar an Paris gezahlt und in diesem Zusammenhang 315.219 Anleihen-Besitzer Zahlungen erhalten hatten. Das zwischenstaatliche Abkommen könne dennoch nicht „französischen Personen, selbst denen, die eine Kompensation erhielten, das Recht auf Schuldenforderungen verweigern“.

„Der Staat hat aber durch die geschlossenen Verträge (zwischen Frankreich und Russland – Anm. d. Red.) keine Verpflichtungen gegenüber diesen Menschen“, betont das Ministerium. 1867 hatten russische Eisenbahnunternehmen mit der Ausgabe von Staatsanleihen in Gold begonnen. In den folgenden Jahrzehnten sollen französische Geschäftsleute insgesamt etwa 15 Milliarden Franken (circa 53 Milliarden Euro) in das Projekt investiert haben.

Ein Teil der Investoren erhielt seine Dividenden. Der andere Teil ging jedoch leer aus, weil Wladimir Lenin im Jahr 1918 per Dekret die Rückzahlung der Zarenschulden verweigerte. Trotz des Abkommens aus dem Jahr 1997 meinen einige Franzosen, die Staatsanleihen aus Zarenzeiten von damaligen Investoren geerbt haben, Russland schulde ihnen immer noch über 50 Milliarden Dollar.

[Ukrinform.ua: Masern: Zweiter Todesfall in der Ukraine](#)

Das Gesundheitsministerium der Ukraine meldet den zweiten Maserntod im Land seit Anfang des Jahres.

Ein Erwachsener ist an Masern gestorben, heißt es in der Meldung der Behörde auf Facebook. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Ukrinform starb der Patient in einer Infektionsklinik in Odessa.

Seit Anfang 2018 erkrankten in der Ukraine 1285 Menschen an Masern. 2017 gab es 4782 Masernfälle im Land. Im Januar 2018 starb ein Kind in der Region Odessa an Masern. Seit dem September 2017 wurden in der Ukraine rund 487.000 Kinder (88 Prozent) geimpft. 2016 gab es 45 Prozent. Nach Angaben des Ministeriums gibt es in der Ukraine etwa 500.000 Dosen MMR-Impfstoff. Noch eine Million Dosen werden im April geliefert.

[Lug-info.com: Die medizinischen Einrichtungen der LVR haben einen Vorrat der notwendigen Impfstoffe und Medikamente gegen Masern für die Einwohner der von Kiew kontrollierten Bezirke des Lugansker Landes angelegt, teilte der Gesundheitsminister der LVR Pawel Ljaskewitsch mit.](#)

„Die Masernepidemie in der Ukraine ist deswegen aufgekommen, weil in den letzten Jahren die Impfpläne für die Kinder wegen fehlenden Impfstoffs nicht erfüllt wurden“, erklärte Ljaskewitsch.

„Wir haben Quarantäneabteilungen angelegt, wir haben einen Vorrat an Medikamenten für die notwendige Behandlung angelegt. Außerdem sind wir dadurch, dass wir Impfstoffe gegen diese Infektionskrankheit von der brüderlichen RF erhalten haben, bereit, auch bei der Impfung von Kindern gegen Masern zu unterstützen“, erklärte der Minister.

[de.sputniknews.com: „Schritt für Schritt“: Österreichs Kanzler plädiert für Abbau der Russland-Sanktionen](#)

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sich in einem Interview für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dafür ausgesprochen, die Russland-Sanktionen schrittweise

abzubauen.

Die EU soll Kurz zuzufolge auf Fortschritte im Ukraine-Konflikt und zwar bei der Umsetzung der Minsker Abkommen dringen.

„Wenn es diese gibt, dann ist es wünschenswert, die Sanktionen Schritt für Schritt abzubauen, um weitere Anreize für Fortschritte zu setzen, wie das damals Frank-Walter Steinmeier noch als Außenminister vorgeschlagen hat“, sagte Österreichs Bundeskanzler.

Dem fügte er hinzu: „Langfristig wird es nur Frieden in Europa mit und nicht gegen Russland geben können.“

Zuvor hatte sich der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel dafür ausgesprochen, mit dem Abbau der gegen Russland verhängten Sanktionen zu beginnen, sobald es zu einem überwachten Waffestillstand in der Ostukraine komme. Die Sanktionen sollten schon vor der vollständigen Umsetzung des Minsker Abkommens schrittweise zurückgefahren werden.

Die EU hatte 2014 Sanktionen gegen Russland wegen dessen Haltung im Ukraine-Konflikt verhängt. Sie richten sich gegen den Energie-, den Verteidigungs- und den Finanzsektor der russischen Wirtschaft, sowie gegen Banken und große Öl- und Gasunternehmen. Den betroffenen Konzernen wurde der Zugang zu europäischen Finanzmärkten eingeschränkt. Damals wurde auch beschlossen, ein Embargo für den Handel mit russischen Waffen zu verhängen und den Export von Erzeugnissen doppelter Zweckbestimmung an Russland zu verbieten. Zuletzt waren die Sanktionen am 28. Juni 2017 verlängert worden.

Im September prolongierte der EU-Rat individuelle Restriktionen. Auf der Sanktionsliste stehen jetzt 149 natürliche und 38 juristische Personen in Russland. Diese Beschränkungen bleiben bis zum 15. März 2018 in Kraft.

Lug-info.com: Die Ukraine hat die notwendigen Sicherheitsgarantien für die Durchführung von Reparaturarbeiten zur Wiederinbetriebnahme des Mobilfunkoperators Vodafone, früher als „MTS-Ukraina“ bezeichnet, auf dem Territorium der DVR gegeben. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit....

„Ab dem 17. Januar 2018 haben wir alle notwendigen Sicherheitsgarantien von der Volksmiliz der LVR und den ukrainischen Streitkräften erhalten und bei spiegelbildlichem Monitoring der OSZE-Mission unter Mitwirkung der Vertretung der LVR im GZKK werden die Reparaturarbeiten zur Wiederherstellung der Mobilfunkverbindung von Vodafone in der LVR beginnen“, heißt es in einer Mitteilung der Vertretung der Republik im GZKK....

Dan-news.info: Die OSZE-Mission hat ihre Bereitschaft erklärt, die Durchführung von Reparaturarbeiten an der beschädigten Leitung des Mobilfunkoperators „MTS-Ukraina“ (Vodafone) zu unterstützen. Dies teilte der Pressedienst der Mission mit.

„Die OSZE-Mission ist bereit, die Reparaturarbeiten durch spiegelbildliche Patrouillen auf beiden Seiten der Kontaktlinie zu unterstützen, unter der Bedingung, dass die Seiten die notwendigen Sicherheitsgarantien geben“, teilte der Pressedienst mit.

Die OSZE merkte an, dass die Mitarbeiter der Mission zu alternativen Kommunikationsmitteln für ihre Teams, die auf den Territorien der DVR und LVR arbeiten, übergegangen sind.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung nicht verletzt. Dabei zieht der Gegner weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie zusammen.

Im Gebiet von Krymskoje im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Stationierung eines Abwehrraketekomplexes „Strela-10“ bemerkt und im Gebiet von Krasnyj Pachar befindet sich eine Haubitze 2S3 „Akazija“. Die Ankunft von Personal aus dem Bataillon „Lugansk-1“ des Innenministeriums in Kompaniestärke in Trjochisbjonka, um die Rechtsordnungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verstärken, wurde festgestellt:

Im Gebiet von Solotoje und Tripolje haben Artillerieeinheiten der 10. Gebirgssturmgrade der ukrainischen Streitkräfte provisorische Feuerpositionen eingenommen.

Auf die Positionen der 3. bataillonstaktischen Gruppe der 80. Luftsturmgrade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Staniza Luganskaja sowie auf die Positionen des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje wird Material geliefert.

Es wurde die Durchführung von Arbeiten zur technischen Ausstattung von Positionen im 2. Bataillon der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Troizkoje festgestellt.

Trotz der Versuche des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, Verstöße gegen die militärische Disziplin, darunter Alkoholmissbrauch durch das Personal in der „ATO“-Zone, zu verheimlichen, wurden weitere Verstöße festgestellt.

Am 15. Januar hat ein Offizier der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Rubeshnoje in betrunkenem Zustand mit einem Auto einen örtlichen Einwohner umgefahren.

Nach Mitteilung einer Quelle ist der Täter in der Ortschaft mit einer Geschwindigkeit von 140 Stundenkilometern gefahren und hat beim Fahren über einen Fußgängerüberweg einen 22jährigen örtlichen Einwohner angefahren. In der Folge des Unfalls starb der junge Mensch und der Soldat wurde festgenommen. Zu diesem Fall laufen Ermittlungen.

Im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen von Diebstahl von Waffen und Munition in der „ATO“-Zone ist das Kommando der ukrainischen Streitkräfte gezwungen, die Kontrolle über die militärischen Lager zu verstärken.

Am 15. Januar hat eine Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte mit der Kontrolle von Feldlagern für Munition im Gebiet von Smoljaninowo und Rubeshnoje begonnen.

Es ist bekannt, dass im Verlauf der Kontrolle zahlreiche Verstöße bei der Buchführung, der Lagerung und der Ausgabe von Munition festgestellt wurden.

In ukrainischen Massenmedien wird die Information verbreitet, dass das Verteidigungsministerium der Ukraine plant, Einheiten der 15. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus Chmelnizkoje, die von Militärinstrukteuren der NATO ausgebildet wurden, nach Luganskoje zu schicken.

Derzeit ist die Lage an der Kontaktlinie relativ ruhig, aber im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk schließen wir nicht aus, dass die ukrainische Seite provokative Aktivitäten durchführt.

Was die ausländischen Instrukteure betrifft, so ruft dieser Umstand bei uns keine Befürchtungen hervor, weil die Professionalität und die gesammelte Erfahrung unserer Soldaten nicht hinter denen der ausländischen Instrukteure zurücksteht und sie in vielen Fragen übertrifft.

Wirtschaftswachstum für Russland

Die russische Wirtschaft erholt sich zunehmend von der Krise der letzten Jahre und hat bereits in 2017 ein klares Wachstum gezeigt. Nun hat der US-Bankkonzern Goldman Sachs für das laufende Jahr ein höheres Wirtschaftswachstum für Russland vorhergesagt, als dies selbst die russische Regierung erwartet, berichtet das Nachrichtenportal „Vedomosti“.

Wie das Portal berichtet, erwartet Goldman Sachs im Jahr 2018 ein Wachstum von 3,3 Prozent für die russische Wirtschaft – zum Vergleich: Für die EU-Wirtschaftslokomotive Deutschland werden für das gleiche Jahr maximal 2,5 Prozent Wachstum prognostiziert. Die Erwartungen der Investmentbank würden dabei deutlich die der russischen Regierung übertreffen.

Die Wachstumsprognosen des russischen Wirtschaftsministeriums würden nämlich „nur“ von einem Zwei-Prozent-Wachstum ausgehen.

Nach Angaben des Portals bezifferte die US-Investmentbank bereits das russische Wachstum in 2017 mit 2,2 Prozent, was die Wachstumsraten der meisten EU-Länder übertrifft.

Konkrete Gründe für die deutliche Verbesserung der Wirtschaftsprognose für die russische Wirtschaft seien dabei nicht genannt worden.

EU und IMF weniger optimistisch

Weniger positiv zur Zukunft der russischen Wirtschaft habe sich dagegen Gabriel di Bella, ständiger Vertreter des Internationalen Währungsfonds in der Russischen Föderation, geäußert.

Am Dienstag erklärte er beim sogenannten Gaidar-Forum in Russland, dass das Wachstum der russischen Wirtschaft für die nächsten Jahre sich auf etwa 1,5 Prozent beschränken werde.

Dies sei aber zu wenig, um „eine Rolle in der globalen Wirtschaft zu spielen“ – hierfür müsste Russland dauerhaft ein Wachstum von drei Prozent erreichen.

Auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) teile nicht unbedingt die äußerst optimistischen Prognosen der US-Investmentbank. Das Wachstum der russischen Wirtschaft werde sich in den nächsten Jahren bei maximal 1,5 Prozent einpendeln.

Novorossia.su: Die DVR begann mit der Produktion von eigenen Waffen

Der Militärkorrespondent Semjon Pegow aus Russland, der über den Krieg im Donbass seit 2014 berichtet, war nach einem Probeschießen mit dem Gewehr „Dontschanka“ angenehm überrascht über dessen technische Eigenschaften und der Schießgenauigkeit.

Ein entsprechendes Video hat der Kanal „WarGonzo“ veröffentlicht.

„Die berühmte ‚Dontschanka‘ ist der Stolz des militärisch-industriellen Komplexes der DVR. Eine tolle Sache. Ich habe auch ohne Zielfernrohr ins Schwarze getroffen. Das bedeutet, es ist eine Waffe von hoher Qualität. Es gibt fast keinen Rückstoß. Kaliber 12,7“, sagte der Korrespondent.

`<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/ktRkPQCTWT8" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/ktRkPQCTWT8>

de.sputniknews.com: Mit voller Absicht: Poroschenko verwandelt die Ukraine in „umstellte Burg“

Wie verschafft sich ein schwacher Präsident Rückhalt in der Bevölkerung? Eine gute Methode ist, das eigene Land als eine Burg darzustellen, die von Feinden umzingelt ist, sagte der Politologe Andrej Manojlo gegenüber dem Portal rueconomics.ru. Dies erkläre, warum Poroschenko immer lauter ruft, andere Länder hätten es auf die Ukraine abgesehen.

So hat der ukrainische Präsident auch jüngst wieder, bei einem Empfang ausländischer Botschafter, erklärt, Russland wolle die Ukraine in seine „Einflusszone“ zurückholen.

Überhaupt wolle Moskau die Ukraine als Staat gänzlich vernichten.

Man dürfe dem Kreml nicht trauen, mahnte der ukrainische Staatschef. „Aggression, Lügen, Manipulation, Repression und Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ – das mache Russland im Verlaufe seiner ganzen Geschichte aus, so Poroschenko bei dem Empfang.

Davon, dass jemand die Ukraine aufteilen und vernichten wolle, spricht Poroschenko in letzter Zeit immer häufiger: „Es entsteht geradezu der Eindruck, als würde der ukrainische Präsident nach Verbündeten dafür suchen“, so der Politologe Manojlo gegenüber „rueconomcis“.

Und das ist eben der Punkt: „Die Quelle allen Übels der Ukraine liegt nicht außerhalb, sondern mitten in ihr selbst“, so der Experte.

Es sei die Politik des Kiewer Machthabers, die dazu geführt habe, „dass in der Ukraine heute nicht nur Russland, sondern auch Polen, Ungarn und Rumänien als feindlich gesinnte Staaten betrachtet werden“, erklärt der Politologe. Selbst mit dem traditionell freundschaftlichen Belarus habe es sich die Kiewer Führung verscherzt.

Diese Fehler mögen teils auf die Einfalt bestimmter Regierungsbeamter zurückzuführen sein: „Es gibt aber auch Dinge, die ganz bewusst und mit voller Absicht vorangetrieben werden“, sagt der Analyst. „Nehmen wir die ständigen Ausfälle gegen Russland: Damit will Kiew seinen prowestlichen Kurs um jeden Preis herausstellen und sich die Gunst seiner Schirmherren in Brüssel und Washington verdienen. Ob so ein Ansatz langfristig wirklich klug ist, sei dahingestellt.“

Dass die Ukraine „von Feinden umzingelt“ sei – so sagte es ein ranghoher Mitarbeiter des ukrainischen Außenministeriums Ende 2017 –, ist laut dem Experten Manojlo das Ergebnis der Kiewer Politik. „Der Konflikt mit Polen wird inzwischen auf präsidentialer Ebene ausgetragen. Warschau verhängt schon eifrig Einreiseverbote gegen unerwünschte ukrainische Regierungsbeamte“, so der Politologe.

Außerdem: „Den Konflikt mit Russland feuert Poroschenko absichtsvoll weiter an, bar jeden Willens, auf Eskalationen zu verzichten.“

Dazu passt auch das 2017 verabschiedete ukrainische Bildungsgesetz: „Dieses Gesetz ist ein massiver Einschnitt in die Rechte von Volksminderheiten in der Ukraine – ein Zankapfel für Ungarn, Rumänien und Moldawien“, sagt Manojlo.

Dann noch der Spionage-Skandal mit Weißrussland: „Eine einigermaßen gute Nachbarschaftsbeziehung hat Poroschenko wohl nur mit der Slowakei. Aber auch da ist er unzufrieden, mit Bratislavas Russland-Kurs.“

Dass diese Politik der Kiewer Führung die Ukraine spalten werde, stehe außer Zweifel, betont der Politologe: „Nur ein tiefgreifender Machtwechsel kann die Ukraine noch retten.“

Ansonsten gibt es genug Interessenten, die Poroschenko beim Zerfall seines Landes behilflich sein werden.“

Ungarn und Rumänien sprechen ihren Minderheiten in der Ukraine offen Unterstützung aus – „mit dem fernen Ziel, sich irgendwann die entsprechenden Gebiete anzueignen“, sagt der Experte.

Und Polen investiere viel Geld in die Infrastruktur in der Westukraine, unter anderem in den Ausbau des Straßennetzes. „Aus uneigennütigen Gründen geschieht das sicherlich nicht. Falls diese Gebiete sich von der Ukraine abspalten, bekommt Polen bereits gut erschlossenes Land“, gibt der Experte zu bedenken: „Kiews Politik macht dieses Szenario jedenfalls sehr wahrscheinlich – und zwar bald schon.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31910/14/319101415.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden ist die Situation an der Kontaktlinie **weiter angespannt** geblieben.

In Richtung Donezk hat der Feind auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 19

Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen und mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Mariupol wurden 16 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Gebiete von **Leninskoje und Kominternowo** abgeschossen.

Ein bezeichnender Fall der fehlenden Zusammenarbeit zwischen den Einheiten erfolgte im Gebiet von Awdejewka in der 25. Luftlandebrigade.

Nach Angaben unserer Aufklärung ist am 10. Januar im Verantwortungsbereich der Brigade eine Gruppe von Scharfschützen aus dem 74. Aufklärungsbataillon aus Dnjepropetrowsk eingetroffen.

Bereits am 15. Januar, als sie Positionen zur Vernichtung unserer Soldaten eingenommen hatten, verlor eines der eingetroffenen Scharfschützenpaare die Orientierung und verletzte einen eigenen Luftlandesoldaten aus der 25. Brigade.

Der verletzte Soldat befindet sich inzwischen im Militärhospital in Dnjepropetrowsk.

Solche Fälle sind keine Ausnahme, weder bei Scharfschützen noch bei Artilleristen und technischen Truppen der ukrainischen Streitkräfte.

Nach Informationen, die wir aus dem Stab der sogenannten „ATO“ erhalten haben, haben zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus der 28. Brigade, die heute Nacht im Kampf verletzt wurden, tatsächlich nicht kampfbedingte Verletzungen erlitten, indem sie auf Minen gerieten, die von nachlässigen technischen Truppen im Verantwortungsbereich der Brigade installiert wurden.

So sehen wir ein weiteres Mal, welches Durcheinander man als offizielle Berichte des Pressedienstes des Stabs der sogenannten „ATO“ ausgibt und dabei auf das Fehlen von wahrheitsgemäßen Informationen und statistischen Daten bei den gewöhnlichen Bürgern setzt.

Nach Informationen unserer Aufklärung ist für den Zeitraum zwischen dem 17. und dem 19. Januar in der Zone der sogenannten „ATO“ ein Arbeitsbesuch des ersten stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine M. Kowal geplant,

der das Ziel hat, die Verbände in der Konfliktzone auf ihre Bereitschaft zu ordnungsgemäßer Erledigung ihrer Aufgaben zu überprüfen.

Aber es ist wahrscheinlicher, dass die Ankunft einer so hoch angesiedelten Leitung mit der Durchführung des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe am 18. Januar in Minsk in Zusammenhang steht. Wir schließen nicht aus, dass großflächige Provokationen vorbereitet werden, die auf eine weitere fälschliche Beschuldigung der Streitkräfte der DVR bezüglich der Verletzung des Regimes der Feueinstellung und der Minsker Vereinbarungen gerichtet sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Provokationen hinterhältig sein werden und die friedliche Bevölkerung betreffen können. Wir wenden uns an die Einwohner der Ortschaften auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium und raten ihnen, an diesen Tagen besonders sorgfältig zu sein, denn die Provokation kann mit Artilleriebeschüssen Ihrer Häuser von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verbunden sein.

de.sputniknews.com: „Russlands Handlungsspielraum wird schmaler“: Motive der Nato im Fall Mazedonien

Die Bemühungen, den Streit zwischen Griechenland und Mazedonien zu regeln und dadurch Mazedoniens Nato-Beitritt zu ermöglichen, werden intensiviert. Russische Experten klären auf, wofür die Nato das neue Mitglied bräuchte – und welche Auswirkungen für Russland möglich wären.

Die russische Balkan-Expertin Maria Tretjakowa sagte der Onlinezeitung „vz.ru“: „Mazedonien hat alle existierenden Kriterien für einen Nato-Beitritt eingehalten. Mehr noch: Es nahm an Nato-Friedensmissionen teil, ohne dieser Organisation anzugehören. Das Land steht längst an der Schwelle zum Nato-Beitritt.“

Wie die Onlinezeitung erläutert, hatte der ursprüngliche Plan vorgesehen, dass Mazedonien zeitgleich mit Kroatien und Albanien Nato-Mitglied werden soll. Dies wurde jedoch von Griechenland blockiert. Die Regierung in Athen fordert einen anderen Staatsnamen für Mazedonien, um den Unterschied zur gleichnamigen griechischen Region zu unterstreichen. Nun wird versucht, den Streit zwischen Athen und Skopje endlich zu regeln: Für die laufende Woche wurden entsprechende Verhandlungen in New York angesetzt.

Die russische Agentur RIA Novosti hatte zuvor unter Berufung auf diplomatische Kreise in Athen gemeldet, seitens der USA und der Nato werde ein starker Druck auf die Regierung in Skopje ausgeübt, um diese zu Zugeständnissen zu bewegen und einen Nato-Beitritt Mazedoniens möglichst schnell zu erzielen.

Georgi Engelgardt, Forscher des russischen Instituts für Slawenkunde, kommentierte nun für „vz.ru“: „Mazedonien ist von strategischer Bedeutung für die USA und die Nato – vor allem wegen des Vardar-Tals.“ Bei dieser Region handelt es sich, wie Engelgardt erläuterte, um einen historisch etablierten Süd-Nord-Transportkorridor.

Doch das zentrale Motiv der Nato im Fall Mazedoniens ist laut Engelgardt ein anderes: „In der Nato ist man der Meinung: Wenn ein Territorium offiziell nicht der Allianz angehört, besteht eine Chance, dass Russland dort irgendwie hineinkriechen könnte. Sie halten es für nötig, dieses Territorium offiziell aufzunehmen, obwohl sie es längst real kontrollieren, seit Mazedonien vor 25 Jahren unabhängig wurde. Das ist ein Land mit einer begrenzten Souveränität.“

Engelgardt sagte weiter, die mazedonische Bevölkerung befürworte auch einen Nato-Beitritt – ebenso wie die dortigen Parteien einschließlich der Opposition. Dadurch unterscheide sich Mazedonien von Montenegro, das im vergangenen Jahr wider den Willen seiner Bevölkerung in die Nato aufgenommen worden sei.

Mazedoniens Nato-Beitritt wird nach Ansicht des Experten einen Rückschlag für Russlands Autorität auf dem Balkan bedeuten. „Russlands Handlungsspielraum in der Region wird

schmäler“, so Engelgardt.

Auch für Russlands wichtigen Balkan-Partner Serbien werde sich die Situation verkomplizieren. Nach dem Erfolg mit Mazedonien werde Washington die serbische Elite stärker ins Visier nehmen. Die US-Regierung fordere zwar keinen sofortigen Nato-Beitritt Serbiens, wolle aber die wirtschaftliche, politische und Medienpräsenz Russlands in diesem Land auf ein Minimum reduzieren, meinte Engelgardt.

de.sputniknews.com: Durchbruch in Beziehungen: Nord- und Südkorea wollen bei Olympia gemeinsam einlaufen

Die Olympischen Spiele waren einst dazu gedacht, den Frieden zwischen Völkern aufzubauen. Dies scheint nun selbst zwischen den seit Jahrzehnten verfeindeten Staaten auf der koreanischen Halbinsel zu gelingen. Pjöngjang und Seoul haben sich nämlich auf den gemeinsamen Einlauf bei den olympischen Winterspielen in Südkorea geeinigt.

Nach Angaben der Nachrichtenagenturen AP und Reuters haben sich Nord- und Südkorea darauf geeinigt, zusammen zur Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele in Pyeongchang einzulaufen.

Ebenfalls wollen sie mit einem gemeinsamen Frauen-Eishockeyteam antreten.

Insgesamt wolle Pjöngjang über 230 Fans zu den Olympischen Spielen schicken. Es solle zudem gemeinsame Kulturveranstaltungen, Sportevents und Trainings sowohl in Süd- als auch in Nordkorea geben.

So sollen beispielsweise gemeinsame Trainingseinheiten auf dem Berg Kumgangsan in Nordkorea stattfinden.

Hierbei sei es gedacht, im Zeitraum zwischen dem 23. und 25. Januar eine südkoreanische Delegation in dem Trainingszentrum zu empfangen, die sich von der Sicherheit des Komplexes überzeugen lassen wird können.

Im Gegenzug sollen vom 25. bis zum 27. Januar dann nordkoreanische Spezialisten verschiedene Sportanlagen und Infrastrukture Objekte in Südkorea besichtigen dürfen.

Bereits am 1. Februar könnten nordkoreanische Sportler in dem Nachbarland eintreffen; Fans und Vertreter des nordkoreanischen Olympischen Komitees würden schließlich am 7. Februar folgen.

Die genaue Zusammensetzung der gesamten nordkoreanischen Delegation werde dabei noch bei späteren Konsultationen vereinbart.

Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap News Agency sind die neuen Einigungen das Ergebnis von Arbeitsgesprächen zwischen beiden Ländern, die im Grenzort Panmunjom heute stattgefunden haben.

Lug-info.com: Mitteilung des Kommunikationsministeriums der LVR zur Reparatur der Leitung von Vodafone bei Wesjolaja Gora

Heute haben Spezialisten aus der DVR mit den Reparaturarbeiten an der beschädigten Faseroptikmagistrale des Mobilfunkoperators Vodafone bei Wesjolaja Gora begonnen.

Der Reparaturprozess ist recht schwierig und erfordert die Einhaltung bestimmter technischer Anforderungen. Das Kabel ist ausgegraben, die beschädigte Stelle gereinigt. Wegen des Wetters muss ein Zelt am Arbeitsort aufgestellt werden. Morgen kommen zusätzliche Brigaden.

Wir hoffen, dass in zwei bis drei Tagen die Leitung im Gebiet von Wesjolaja Gora repariert ist.

de.sputniknews.com: Sollen die Schiffe an die Ukraine zurückgegeben werden?

In den Medien wird derzeit heiß darüber debattiert, ob die auf der Halbinsel Krim zurückgelassenen ukrainischen Waffen an Kiew zurückgegeben werden sollen, schreibt die

„Nesawissimaja Gaseta“ am Mittwoch.

Im April 2014 war mit der Rückgabe der auf der Krim zurückgebliebenen Militärtechnik an die Ukraine begonnen worden. Am 16. Juni 2014 wurde der Prozess bis zur „Normalisierung der Situation im Donezbecken“ gestoppt.

Insgesamt wurden von der Krim mehr als 2000 Waffen und Militärfahrzeuge, darunter 32 Schiffe, im Gesamtwert von mehr als einer Milliarde US-Dollar ausgeführt. Die Ukraine verfügt über zahlreiche Werften in Nikolajew, Cherson und Kiew, die in kurzer Zeit die von der Krim zu erwartenden 17 Schiffe reparieren könnten – zumal das Schiffsbauwerk „Leninskaja Kusniza“ Präsident Poroschenko gehört. So könnte er bei der Übergabe der Schiffe noch Gewinne erzielen.

Auffallend ist, dass unter den zu übergebenden Schiffen das Steuerschiff „Slawutitsch“ ist, das sich derzeit in Sewastopol befindet. Dabei handelt es sich um ein Aufklärungsschiff des Projekts 12884 mit einer Wasserverdrängung von mehr als 5000 Tonnen; es war im Juli 1988 in Nikolajew auf Kiel gelegt und im August 1992 in Betrieb genommen worden. In der ukrainischen Kriegsflotte wurde „Slawutitsch“ für den Einsatz von Diversanten-Kampfschwimmern verwendet.

Dieses Schiff ist für die Ukraine und die USA wertvoller als alle restlichen 16 Schiffe in Sewastopol. In Nikolajew könnte es innerhalb von drei bis vier Monaten repariert und mit neusten amerikanischen funkelektronischen und hydroakustischen Anlagen ausgestattet werden. Dort würden rund 50 US-Spezialisten hingeschickt, „Slawutitsch“ würde dann elf Monate im Jahr vor der Küste der Krim Dienst tun und notwendige Informationen sammeln. Die Amerikaner können sich das nicht leisten, weil die Aufenthaltsdauer ihrer Schiffe im Schwarzen Meer gemäß dem Vertrag von Montreux von 1936 nur 21 Tage ausmacht.

Angenommen, Kiew würde die zurückerhaltenen Schiffe außer „Slawutitsch“ aus wirtschaftlichen Gründen nicht reparieren. Dann würden als diese Schiffe als Ersatzteillager für die ukrainische Marine ausgeschlachtet. Zudem könnten sie als schwimmende Kasernen und Lager genutzt werden. Darüber hinaus könnten sie als gute Zielschiffe dienen, weil es Schiffe ähnlichen Typs in der russischen Flotte gibt und die Amerikaner die ukrainischen Schiffe als Zielscheiben nutzen und damit reale Angaben über die Standfestigkeit der russischen Schiffe bekommen können.

Munition und Bestandteile könnten der Ukraine von unseren ehemaligen Partnern des Warschauer Paktes und den heutigen Nato-Mitgliedern Bulgarien, Polen und Deutschland geliefert werden. Sie hatten viele Schiffe dieses Typs, die dann konserviert wurden.

Der Vorschlag, die Schiffe der Ukraine zurückzugeben, könnte auch ein taktischer Zug sein. Eine solche Menge an Militärtechnik kann nur nach einem Regierungsabkommen übergeben werden. In diesem Abkommen muss die Krim erwähnt werden. Falls Kiew ein Abkommen unterzeichnet, in dem die Krim als russisches Territorium erwähnt wird, könnte man darauf eingehen. Doch wenn die Krim im Dokument als „besetztes“ bzw. undefinierbares Territorium bezeichnet wird, würde ein solches Abkommen kaum den russischen Interessen entsprechen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31910/50/319105054.jpg>

Lug-info.com: Die Leitung des Altschewsker Metallkombinats hat alle sozialen Garantien für die Arbeiter des Unternehmens erhalten. Dies teilte heute bei einem Treffen mit dem Arbeitskollektiv des AMK der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR, der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR Oleg Akimow mit.

„Das wichtigste ist, dass das Kombinat arbeitet, seine Stilllegung ist schon Geschichte, die schwierige Periode haben wir schon überwunden. Die Menschen fühlen eine Sicherheit für den kommenden Tag, weil es Löhne gibt, es einen Plan gibt, wie die Produktion abgesetzt werden kann, es gibt Varianten einer guten ökonomischen Entwicklung dieses Unternehmens“, sagte Akimow.

„Für uns ist sehr wichtig, dass in dem Unternehmen alle sozialen Garantien erhalten wurden, es gibt einen Tarifvertrag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde wieder aufgenommen, die Veteranenorganisation bleibt erhalten. Wir haben ein völliges Einverständnis mit dem Arbeitgeber, wir arbeiten in einem Team. Wenn die Produktion und der Absatz zunimmt, werden wir, so denke ich, zur Frage der Verbesserung der sozialen Garantien für die Arbeiter des Kombinats zurückkommen“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende.

„Das Altschewsker Kombinat ist unser Garant, ein für die Stadt grundlegendes Unternehmen, und alle Problemfragen, die noch bleiben, werden wir gemeinsam mit dem Arbeitgeber und den Behörden der Republik lösen. Sie werden regelmäßig auf den Sitzungen des Stabs zur äußeren Leitung aufgeworfen“, erklärte er.

„Wir haben vereinbart, dass wir solche Treffen in dem Unternehmen regelmäßig, ein bis zweimal im Monat durchführen werden. Wenn es nötig ist, werden wir Spezialisten einladen, die dem Kollektiv die Fragen der Arbeitsgesetzgebung erläutern können.

Die geplante Inbetriebnahme des Hochofens Nr. 1 wird es im Februar/März erlauben, die Arbeitslöhne zu erhöhen, erläuterte der Leiter der Personalabteilung des Altschewsker Metallkombinats Wladimir Danilowitsch bei dem Treffen.

Er erläuterte weiter, dass am 24. November 2017 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder eingeführt wurde.

„Wir haben eine Kommission gegründet, einen Vertrag mit dem Sozialversicherungsfonds (für zeitweilige Arbeitsunfähigkeit und im Zusammenhang mit Mutterschutz) abgeschlossen. Wie zuvor werden fünf Tage vom Unternehmen gezahlt und alles weitere vom

Sozialversicherungsfonds“, erläuterte er.

abends:

Dnr-online.ru: Wiederaufbau- und Bauarbeiten an den Stromleitungen der Siedlung des Bergwerks Trudowskaja haben heute, am 17. Januar, stattgefunden. Die Arbeiten wurden von Arbeitern des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ des Kohle- und Energieministeriums der DVR durchgeführt.

„An der Unterstation „Trudowskaja“ werden heute eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der grundlegenden Elektroausrüstung durchgeführt. Es wird praktisch ein Schutz gebaut, der es erlaubt, die Schäden im Fall von Treffern von Artilleriegeschossen erheblich zu senken. Parallel werden durch den Bau- und Montagedienst Arbeiten zur Befestigung und zum Austausch der zentralen Leitung durchgeführt. Diese Arbeiten erlauben es, die Zuverlässigkeit der Stromversorgung der Siedlung des Bergwerks „Trudowskaja“ im Petrowskij-Bezirk von Donezk maximal zu erhöhen“, berichtete der Direktor für die Gewährleistung der Funktion der Regionalen Energielieferungsgesellschaft Andrej Rybtschenko.

Der Leiter des Bau- und Montagedienstes des republikanischen Unternehmens Sergej Shabrin berichtete über die wieder aufgebaute Stromleitung sowie über die Schwierigkeiten, mit denen bei der Arbeit zu kämpfen war.

„Diese Stromleitung hat eine Länge von fast 3km und liegt praktisch an der Abgrenzungslinie. Für die Einwohner und die Unternehmen der Siedlung Trudowskije ermöglicht diese Leitung eine stabile Stromversorgung. Die Arbeit an diesem Abschnitt erfolgte unter schweren Bedingungen. Es musste unter Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und von Scharfschützen gearbeitet werden“, berichtete Sergej Shabrin.

Ukrinform.ua: Kobolew: Naftogaz wird russisches Gas kaufen

Der ukrainische Energieversorger Naftogaz wird im laufenden Jahr vier bis fünf Milliarden Kubikmeter Gas in Russland kaufen. Der Gasimport aus Europa wird auch fortgesetzt werden.

Das erklärte Naftogaz-Chef Andrij Kobolew auf einer Pressekonferenz, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Naftogaz wolle laut Kobolew Gas aus zwei Richtungen importieren. „Der Preis, den Gazprom jetzt festlegen soll, ist sehr attraktiv“, sagte er. Ihm zufolge muss Naftogaz jährlich vier bis fünf Milliarden Kubikmeter Gas bei dem russischen Konzern Gazprom kaufen. Wann die Lieferungen beginnen werden, sagte Kobolew nicht. Naftogaz kaufte seit Ende 2015 kein Gas mehr in Russland. Gemäß dem Urteil des Stockholmer Schiedsgerichts muss die Ukraine Gas aus Russland aufgrund einer Take or pay-Klausel wieder beziehen.

de.sputniknews.com: Ukraine: Größte Uni muss wegen fehlendem Geld für Heizung schließen

Die Geldnot in der Ukraine hat nun auch die Hochschulbildung erreicht. Laut dem Ex-Mitarbeiter der nationalen Energieregulierungsbehörde der Ukraine Andrej Gerus muss die Hauptuniversität des Landes, die Nationale Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew (KNU), bis zum Frühling schließen, weil sie die Heizungskosten nicht mehr bezahlen kann.

Wie Gerus auf seinem Facebook-Account schreibt, hat die Universität alle Lehrveranstaltungen abgesagt und die Studenten aufgerufen, bis zum Frühling zu Hause zu bleiben und von dort aus eigenständig zu studieren.

Der Grund hierfür sei der Mangel an Finanzmitteln, um sowohl die Heizungs- als auch die Stromkosten zu bezahlen.

Von offizieller ukrainischer Seite heißt es allerdings, es handle sich um eine neue Lehrmethode, bei der die Studierenden sich von zu Hause aus eigenständig die Inhalte aneignen sollten.

„Formal heißt es ‚Fernstudium‘. Aber alle verstehen, dass wir weder die Methodik hierzu noch die Qualifikation für die Fernlehre haben“, betont Gerus.

Er gehe zudem davon aus, dass die Studenten sich in der Zeit wohl kaum mit den Studieninhalten beschäftigen, sondern sich eher um einen kleinen Nebenverdienst kümmern werden.

Auch Studenten der Universität haben bestätigt, dass der Unterricht mindestens bis zum 1. März entfallen wird.

„Das ist wahr. Uns wurde gesagt, dass im Februar so was wie ein Fernstudium stattfinden wird. Niemand hat aber eine Ahnung, wie das genau wird“, zitiert das ukrainische Portal fakty.ua einen Studenten.

Universität will von Geldmangel nichts wissen

Die Universität selbst erklärte unterdessen auf ihrer Homepage, dass die Studierenden selbst um einen Übergang „zum Fernstudium gebeten“ hätten. Nun sollen sie sich während des Februars eigenständig mit dem Verfassen von Hausarbeiten und dem Absolvieren von Praktika beschäftigen.

Das Direktstudium solle demnach ab dem 1. März wieder beginnen, teilte die Universität mit.

Vom Geldmangel will die KNU nichts wissen: Man hätte alle Zahlungen für den Januar ordnungsgemäß getätigt und sogar eine Vorauszahlung für den Februar gemacht.

Der Experte Gerus zweifelt jedoch an der Begründung der Kiewer Universität.

Zuvor wurde bereits bekannt, dass auch die Nationale Universität in der westukrainischen Stadt Lwiw auf „Fernstudium“ umgestiegen ist, um Kosten angesichts der Preiserhöhungen für Heizung um 40 Prozent einzusparen.

Nach Angaben der ukrainischen Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ kann Ähnliches unter anderem auch in den Städten Ternopol, Dnepr, und Odessa beobachtet werden.

[Ukrinform.ua: Generalstaatsanwalt über beschlagnahmtes Janukowytch-Vermögen: Hunderte Raketenkomplexe für Armee gekauft](#)

Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat den meisten Teil des beschlagnahmten Geldes des ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowytch, bekommen und für Hunderte Raketenkomplexe ukrainischer Produktion ausgegeben.

Das erklärte Generalstaatsanwalt der Ukraine Juri Luzenko vor dem parlamentarischen Ausschuss für Nationale Sicherheit und Verteidigung, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Wenn wir in den Medien lesen, dass Hunderte Raketenkomplexe ukrainischer Produktion endlich an die Armee geliefert wurden, das ist dieses Geld“, sagte er. Der Vorsitzende des Ausschusses Serhij Paschynskyi fügte hinzu, es gehe um „mehrere Hundert“ Raketenkomplexe. Luzenko gab keine Einzelheiten zu den Komplexen bekannt, sagte aber, dass die ukrainische Soldaten, die oft mit feindlichen Panzern zu tun haben, auf diese Waffe warteten.

Nach Worten des Generalstaatsanwalts habe der Grenzschutz der Ukraine 700 Millionen Hrywnja vom beschlagnahmten Vermögen, die Nationalgarde 900 Millionen und die Nationale Polizei 1,48 Milliarden Hrywnja erhalten.

[Dnr-online.ru: Es gibt ernsthafte Zweifel daran, dass die USA überhaupt Antipanzerraketenkomplexe „Javelin“ an die Ukraine liefern werden, meint der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin.](#)

„Der Grund für ein solches Verhalten ist einfach. Die Amerikaner fürchten erstens, dass die Javelin-Komplexe bei den Streitkräfte der DVR und der LVR landen, weil mehrfach Fälle von Verkauf von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entdeckt wurden. Zweitens das Fehlen sicherer Orte zur Lagerung der Komplexe in der Ukraine, besonders nach den regelmäßigen Explosionen von Raketenartilleriewaffenlagern. Und drittens planen die USA die Lieferung der Komplexe als Verteidigungswaffen und nicht für die Verwendung bei Angriffsoperationen und dies ruft beim Pentagon Zweifel hervor. Die Erklärung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko, dass er Anweisungen erhalten hat, Maßnahmen zur Vorbereitung der Verwendung und Lagerung von Antipanzerraketenkomplexen Javelin bei den ukrainischen Streitkräften auszuarbeiten, ist nur auf die Anhebung der Motivation und des Kampfgeistes der ukrainischen Soldaten gerichtet, die sich an der Front befinden und mit jedem Tag den Glauben an ihr Kommando verlieren und denen die Perspektivlosigkeit und Absurdität ihres Aufenthalts in der Zone der sogenannten „ATO“ bewusst wird“, erklärte Basurin.